

SWG / BfS e.V. Max-Klein-Straße 22 58332 Schwelm
An den Bürgermeister der Stadt Schwelm
Herrn S. Langhardt
VG I
Hauptstraße 14
58332 Schwelm

Dr. Christian Bockelmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Max-Klein-Straße 22
58332 Schwelm
Telefon: +49 (2336) 83590
Telefax: +49 (2336) 9153183
E-Mail: christian.bockelmann@gmx.de

Schwelm, 14.09.2021

Digitaler Zugang für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zum Bürgerbüro der Stadt Schwelm

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ergänzend zum Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2021 „Offen für Menschen“ stellt die SWG.BfS-Ratsfraktion den nachstehenden Antrag:

1. Die Stadtverwaltung Schwelm stellt dar, welche ihrer Dienstleistungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bereits digital beantragt, bearbeitet und beantwortet bzw. beschieden werden. Zur besseren Verständlichkeit und zur Darstellung von externen/internen Schnittstellen werden die digitalen Prozesse jeweils in einem Prozessablaufdiagramm dargestellt.
2. Die Stadtverwaltung Schwelm stellt dar, welche digitalen Zugangsmöglichkeiten die Stadtverwaltung Schwelm – insbesondere über das Bürgerbüro – Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zu den angebotenen Dienstleistungen der Stadtverwaltung Schwelm bereits anbietet.
3. Die Stadtverwaltung Schwelm stellt dar, welche Erweiterungsmöglichkeiten gesehen werden, um Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen digitalen Zugang zu den Dienstleistungen der Stadtverwaltung Schwelm zu bieten. Es wird darum gebeten, insbesondere darzustellen, inwieweit persönliche Besuche bei der Stadtverwaltung bzw. im Bürgerbüro durch digitale Kommunikation -z.B. durch Videoanrufe u. ä. – unnötig gemacht werden können.
4. Die Stadtverwaltung Schwelm stellt dar, wie mit elektronischen Authentifizierungssystemen bzw. elektronischen Signatursystemen eine elektronische Antragstellung oder die Unterzeichnung elektronischer Dokumente bereits ermöglicht wird oder künftig ermöglicht werden wird.

Begründung:

Aufgrund der Einschränkungen, die durch die Corona-Pandemie bedingt wurden, haben digital zugängliche Dienstleistungen endlich auch in Deutschland eine größere Bedeutung gewonnen. Es ist davon auszugehen, dass diese digitale Zugänglichkeit zu Dienstleistungen auch nach der Corona-Pandemie weiter genutzt werden. Insofern – und als Ergänzung zu dem o. a. Antrag der SPD-Fraktion – ist neben der persönlichen Vorgesprache bei der Nutzung von städtischen Dienstleistungen bzw. Verwaltungsleistungen z.B. im Bürgerbüro oder nach Terminvergabe direkt bei den zuständigen Mitarbeitern der Stadtverwaltung auch der digitale Zugang zu städtischen Dienstleistungen und/oder Verwaltungsleistungen ein wichtiger Weg zur Kommunikation mit den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen.

I. IST-Situation

Aus diesem Grund hält die Ratsfraktion der SWG.BfS es für wichtig, dass Rat und Ausschüsse einen Überblick über die bereits bestehenden digitalen Dienstleistungen und Verwaltungsleistungen sowie über die bereits bestehenden digitalen Zugangsmöglichkeiten zu diesen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen erhalten

(Punkte 1 und 2). Dabei ist eine grafische Darstellung der Prozesse hilfreich, um die Komplexität der digitalisierten Dienst- und Verwaltungsleistungen zu verdeutlichen.

II. PLAN-Situation

Ebenso erscheint es wichtig, Rat und Ausschüsse über die von der Stadtverwaltung vorgesehene Entwicklung digitaler Dienst- und Verwaltungsleistungen zu geben sowie darzustellen, welcher Zeitrahmen dafür geplant ist (Punkt 3). Darüber hinaus sind Kenntnisse des rechtlichen Rahmens digitaler Dienst- und Verwaltungsleistungen erforderlich. Insbesondere stellt sich dabei die Frage nach rechtssicherer Benutzerauthentifizierung und rechtssicherer Unterzeichnung von Dokumenten, damit Stadtverwaltung, Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen formale Anforderungen an Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren erfüllen können (Punkt 4).

III. Weitere Aspekte

Im Rahmen der Diskussion über künftige Mobilitätskonzepte ist zu berücksichtigen, dass digital angebotene Dienst- und Verwaltungsleistungen zu einer Verminderung von Fahrten und zu einem verminderten Stellplatzbedarf („Parksuchverkehre“) in der Innenstadt beitragen können. Inwieweit dadurch tatsächlich CO₂-Emissionen vermindert werden können, ist in einer späteren Analyse zu ermitteln.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Christian Bockelmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender